



AUGUST 2002

DIE MÜGLITZ ZERSTÖRT HALB WEESENSTEIN

Die Flut und ihre Lehren: In Weesenstein **kauft das Land Sachsen nach der Flut die Grundstücke** aller Häuser, deren Aufbau sich nicht mehr lohnt. An der Elbe bezahlt der Freistaat gar 42 Millionen Euro für die Absiedelung der 156 Familien des ganzen Ortsteils Röderau Süd bei Riesa



28.8.1988

FLUGSCHAU ENDET IN EINEM INFERNO

Bei Ramstein (Rheinland-Pfalz) stürzen drei Maschinen ab. 70 Zuschauer kommen ums Leben. Beim **Abtransport der etwa 450 Schwerverletzten** passierten Fehler, analysiert der Hannoveraner Notfallmediziner Hans-Anton Adams – man habe viele „recht wahllos in irgendwelche Krankenhäuser gebracht“

KRISEN Föderales Chaos

Was wäre, wenn? Experten halten die **Vorsorge gegen Katastrophen** wie in New Orleans auch hierzulande für ungenügend

Der Kessel war explodiert, Flammen schossen 50 Meter in die Höhe. Doch stundenlang unterrichtete an jenem Septemberabend 2002 niemand die Anwohner des Bahnhofs von Bad Münder in Niedersachsen von dem giftigen Transportgut. Feuerwehrleute warteten gut 70 Minuten, bis die Oberleitungen geerdet waren. Und als zwei Tage später die tonnenweise entwichene Chemikalie Epichlorhydrin durch andere Ortsteile waberte, blieben abermals Warnungen aus.

Tote gab es nicht beim Güterzugunglück in dem Kurstädtchen. Eine Hand voll Menschen – die medizinischen Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen – könnte Langzeitschäden davongetragen haben. Eine Bürgerinitiative aber versucht noch immer, drei Jahre nach „ihrer“ Katastrophe, Deutsche Bahn und Behörden dazu zu bringen, Lehren zu ziehen. So fordern die Bad Münderaner „eine bundeseinheitliche Führungsstruktur zur Bewältigung derartiger Krisen“.

Die Schwachstelle des Katastrophenschutzes in Deutschland liege, so Wolf Dombrowsky, Leiter der Katastrophenforschungsstelle an der Universität Kiel, in seinem „föderalen Chaos“. Die Mannstärke potenzieller Einsatzkräfte – über eine Million bei den Feuerwehren, 300 000 bei Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz, 75 000 beim Technischen Hilfswerk – könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass „konkrete Gefahrenanalysen für Städte und Regionen“ (Dombrowsky) fehlten.

Auf einer Konferenz in Hamburg vergangene Woche, die unter dem Eindruck des offensichtlichen Versagens der Notfallhilfe im überfluteten New Orleans stand, arbeiteten Forscher und Praktiker hierzulande existierende Mängel heraus:

- Erst zwölf der 16 Bundesländer, in deren Kompetenz der Katastrophenschutz fällt, haben Daten in das zentrale Notfallvorsorge-Informations-



„Im Katastrophenschutz herrscht ein föderales Chaos. Wir brauchen dringend konkrete Gefahrenanalysen für Städte und Gemeinden“

Wolf Dombrowsky, Katastrophenforscher, Universität Kiel

DEUTSCHLAND



9.9.2002

GIFT ÜBER DEM KURORT

Nach dem Zusammenstoß zweier Güterzüge in Bad Münde explodiert ein Kesselwaggon. Die Bekämpfung der austretenden Gase verzögert sich, die **Anwohner erhalten viel zu spät Informationen**. Es kommt zu wenigen leichten Verätzungen. Das Unglück gilt als Negativbeispiel der Krisenreaktion.



FEBRUAR 1962

HELD DER STURMFLUT

Vom 16. auf den 17. Februar überrascht eine Sturmflut die Norddeutschen. 337 Menschen sterben, die meisten in Hamburg. Im folgenden Gerangel um Zuständigkeiten **ergreift Innenminister Helmut Schmidt (SPD) die Initiative**, fordert auch – damals wie heute ein heikles Thema – die Bundeswehr an.

system deNIS eingespeist. „Viele sehen das System als unerwünschte Kontrolle“, argwöhnt Dombrowsky.

- Anders als in Dänemark, Polen und Österreich kommt der Ausbau eines digitalen Funknetzes für Einsatzkräfte nur schleppend voran. Erst 2010, so Paul Middendorf von der Hamburger Behörde für Inneres, soll es in allen Bundesländern funktionieren.

- Wegen wachsender Unwettergefahr durch Klimawandel (s. Seite 130–134) müssten in Nordwestdeutschland die Deiche erhöht und verbreitert werden, schließt das Bremer Umweltforschungsunternehmen BioConsult aus einer Studie.

- Auch nach den Überflutungen von 2002 existiere bis heute in vielen Bundesländern kein ordentliches Warnsystem, rügt der Wasserwirtschaftler Uwe Grünwald von der TU Cottbus.

Der Kritik begegnet Christoph Unger, seit einem Jahr erster Präsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn, mit zahlreichen Hinweisen auf begonnene Re-

formen: Das neue System „Konrad“ des Deutschen Wetterdiensts in Offenbach verbessere die Unwettervorhersage. Ausbildung und Koordinierung würden mit Bundeshilfe aufgewertet. Unger: „Wir schaffen ein Korsett, das ein Auseinanderfallen der Hilfe verhindert.“

Wichtiger als Strukturen seien freilich nervenstarke Menschen, betont Christian Brauner, Berater für Risikomanagement in Freiburg im Breisgau. „New Orleans krankte zu einem großen Teil daran, dass niemand das Heft in die Hand nahm, wie etwa Helmut Schmidt bei der Hamburger Elbeflut 1962.“ Hans-Werner Bierhoff, Sozialpsychologe an der Ruhr-Universität Bochum, fordert denn auch behördliche Trainingsprogramme in Sachen Zivilcourage. Bierhoff: „In jeder Stadtverwaltung Deutschlands muss ein Mensch sitzen, der im Katastrophenfall die Rolle der Führungspersönlichkeit übernimmt.“ ■

GREGOR HASCHNIK/KURT-MARTIN MAYER/
ALEXANDER WENDT

Foto: R. Dries, KeyStone/Julien Bild, U. Baumgarten/vnrs-press



KRISENZENTRALE

Alles wird besser, meint Bundesamt-Chef Unger, 47, hier im neuen Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder